

# **Antworten der Parteien auf Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 25.03.2012 Tierschutz in der Regierungsverantwortung**

## **1. Frage:**

**Sind Sie bereit, im Falle einer Regierungsmitverantwortung die Kompetenz für den Tierschutz im entsprechenden Ministerium zu erhöhen und zu gewährleisten, dass keine Interessenskonflikte bei der Besetzung des Referats Tierschutz und dessen Abteilungen bestehen?**

## **Antworten:**

### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja

---

### **PIRATENPARTEI**

Das ist eine sinnvolle Maßnahme, die sicher nicht an der Piratenpartei scheitern würde.

---

### **Die LINKE-Fraktion**

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Koordinierung zwischen Tierschutzorganisationen, den Behörden und dem zuständigen Ministerium der Verbesserung bedarf. Wir werden uns deshalb für eine bessere Verzahnung der einzelnen Bereiche einsetzen und auch möglichen Interessenkonflikten entgegenwirken.

---

### **SPD**

Die SPD Saar wird in Regierungsverantwortung bestehende Verwaltungsstrukturen im Bereich Tierschutz ergebnisoffen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir wollen den Tierschutzgedanken voranzubringen, dazu gehören ein effizienter Vollzug tierschutzrelevanter Gesetze und die präventive Kontrolle.

---

### **FREIE WÄHLER**

Die Wahrscheinlichkeit, dass wir im ersten Anlauf gleich in Regierungsverantwortung kommen, schätzen wir eher gering ein. Bei der nachweislichen personellen Überkapazität in den Ministerien dürften genügend personelle und organisatorische Ressourcen vorhanden sein, um den gesetzlichen Vorgaben des Tierschutzes in geeigneter Form nachzukommen.

## **CDU**

Die Kompetenz für den Tierschutz im entsprechenden Ministerium für Umwelt ist vorhanden. Die zuständige Abteilung im Bereich Tierschutz ist mit gut ausgebildetem Fachpersonal besetzt, sodass ein Interessenkonflikt aus dienstlicher Sicht nicht gegeben ist.

---

## **FDP**

Tierschutz ist von ressortübergreifendem Interesse. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Schutz von Nutz-, Haus- und Wildtieren gestärkt ist. Bei der Besetzung von Referatsleiterstellen sollten immer nach Eignung vorgenommen werden. Interessenskonflikte sollten generell vermieden werden.

Wie bereits bei Frage 1 dargestellt, hat der Tierschutz für die FDP Saar einen hohen Stellenwert. Dieser Stellenwert muss sich auch in der Personalisierung in der Behörde widerspiegeln. Eine personelle Aufstockung tragen wir deshalb ausdrücklich mit. Allerdings können wir der Forderung, dass Jäger kein Referat Tierschutz leiten dürfen, nicht unterstützen. Diese Forderung impliziert, dass Jäger keine Tierschützer sind. Dieser Auffassung sind wir ausdrücklich nicht.

## **2. Frage:**

**Sind Sie bereit, tierschutzrelevante Entscheidungen und Neuerungen aus allen Bereichen, auch denen des Umwelt- und Naturschutzes unter Einbeziehung der Tierschutzorganisationen innerhalb eines regelmäßig tagenden „Runden Tisch Tierschutz“ zu stellen?**

## **Antworten:**

### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja

---

### **PIRATENPARTEI**

Wir sind eine Partei die offen für neue Vorschläge ist und die Beteiligung der Bürger einfordert . Dies wird sich nicht einseitig auf bestimmte Organisationen beziehen, sondern alle Beteiligten einbeziehen. Wie dies umgesetzt werden kann, wird zu gegebener Zeit erörtert.

---

### **Die LINKE-Fraktion**

(In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Koordinierung zwischen Tierschutzorganisationen, den Behörden und dem zuständigen Ministerium der Verbesserung bedarf. Wir werden uns deshalb für eine bessere Verzahnung der einzelnen Bereiche einsetzen und auch möglichen Interessenkonflikten entgegenwirken.) Deshalb halten wir den Vorschlag eines Runden Tisches

Tierschutz für sinnvoll. Nur wenn alle Interessengruppen in einen Dialog treten, können im Sinne des Tierschutzes Ergebnisse erzielt werden.

---

### **SPD**

Im Regierungsprogramm 2009 hatte sich die SPD Saar bereits für einen Runden Tisch Tierschutz ausgesprochen. Zu dieser Zusage stehen wir nach wie vor, da hier ein wichtiger, regelmäßiger Austausch zwischen ehrenamtlich engagierten Tierschützerinnen und Tierschützern und der obersten Tierschutzbehörde stattfinden kann und damit wichtige Impulse in die ministerielle Arbeit einfließen. Wir werden mit den Tierschutzverbänden beraten, ob es sinnvoll ist, den „Runden Tisch“ in einen offiziell einberufenen „Landesbeirat für Tierschutz“ zu überführen.

---

### **FREIE WÄHLER**

Die verantwortlichen Behörden sind verpflichtet, die entsprechenden Fachkreise bei ihren Planungen und Entscheidungsfindungen einzubinden. Zusätzliche Organisations- und Arbeitskreise lähmen teilweise die Struktur von Verwaltungsentscheidungsprozessen über Gebühr. Ob der von Ihnen angeregte „Runde Tisch Tierschutz“ zu einer Verbesserung führt, vermögen wir momentan nicht abzuschätzen.

---

### **CDU**

Der Bedarf zur Einrichtung eines „Runden Tisches Tierschutz“ ist zu überprüfen. Dem Anliegen steht die CDU grundsätzlich offen gegenüber.

---

### **FDP**

Als bürgerliche Partei ist es für die FDP wichtig auf allen Ebenen Bürger zu beteiligen. Das Angebot einen regelmäßig tagenden „runden Tisch Tierschutz“ ist eine gute Gelegenheit, aktuelle politische und gesellschaftliche Diskussionen über Tierschutz zu führen. Neben dieser informellen Einrichtung sollte aber das gängige Verfahren, der Beteiligung von Tierschutzverbänden, beibehalten werden. Die Anhörung im ministerialen Gesetzgebungsverfahren ist ein wichtiger Schritt zur Erstellung von Gesetzesinitiativen.

### 3. Frage:

Sind Sie bereit, die Einberufung eines/einer Landestierschutzbeauftragten zeitnah zu fördern? - der/die als zukünftiges Bindeglied zwischen Behörden und Tierschutz fungieren soll,

- der/die mit weit reichenden Kompetenzen und Klagebefugnis ausgestattet ist, um in explizit tierschutzrelevanten Fällen eine bestehende Gefahrenabwehr für Tiere umsetzen zu können,
- der/die vom Landtag berufen wird – dem Landtag berichtspflichtig ist und von den Tierschutzorganisationen vorgeschlagen wird.

### Antworten:

#### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

*(Sind Sie bereit, die Einberufung eines/einer Landestierschutzbeauftragten zeitnah zu fördern? - der/die als zukünftiges Bindeglied zwischen Behörden und Tierschutz fungieren soll)*

Ja

*(- der/die mit weit reichenden Kompetenzen und Klagebefugnis ausgestattet ist, um in explizit tierschutzrelevanten Fällen eine bestehende Gefahrenabwehr für Tiere umsetzen zu können,)*

Da Bündnis 90/Die Grünen keine absolute Mehrheit haben wird, allenfalls im Rahmen einer Koalition an einer Regierung beteiligt sein könnte, versuchen wir natürlich im Rahmen der Möglichkeiten eine Verbesserung des Tierschutzes zu erreichen, auch dort, wo die Ressortzuständigkeit endet.

*(- der/die vom Landtag berufen wird – dem Landtag berichtspflichtig ist und von den Tierschutzorganisationen vorgeschlagen wird.)*

Da Bündnis 90/Die Grünen keine absolute Mehrheit haben wird, allenfalls im Rahmen einer Koalition an einer Regierung beteiligt sein könnte, versuchen wir natürlich im Rahmen der Möglichkeiten eine Verbesserung des Tierschutzes zu erreichen, auch dort, wo die Ressortzuständigkeit endet.

---

#### **PIRATENPARTEI**

Dies klingt sinnvoll, da der Tierschutz neben dem Umweltschutz ein wesentliches Staatsziel ist und im Grundgesetz Art. 20a verankert wurde. So sollte es auch durch einen rechenschaftspflichtigen Beauftragten kontrolliert werden.

---

#### **Die LINKE-Fraktion**

Auch die Idee eines Landestierschutzbeauftragten findet unsere Zustimmung. Die genauen Befugnisse und das Prozedere der Aufstellung des Beauftragten müssten nach der Wahl gemeinsam erarbeitet werden.

---

### **SPD**

Auch für die Berufung einer/ eines Tierschutzbeauftragten als Bindeglied zwischen Landesregierung und ehrenamtlich engagierten Tierschützerinnen und Tierschützern sich die SPD Saar bereits 2009 ausgesprochen. Wir bedauern, dass es der ehemaligen Jamaika-Koalition in zwei Jahren Regierungsverantwortung nicht gelungen ist, diese ehrenamtliche Funktion zu besetzen. Nach unserer Auffassung wird es Aufgabe der/des Landesbeauftragten sein, die Landesregierung in allen tierschutzrelevanten Bereichen zu beraten. Die ehrenamtliche Funktion wird eine Ergänzung sein, sie soll und kann kein Ersatz für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung durch die zuständigen Behörden sein.

---

### **FREIE WÄHLER**

Unter Beachtung der aktuellen ministerialen Struktur sehen wir keine Notwendigkeit zur Schaffung neuer Positionen. Bestehende Aufgaben müssen vielmehr zielorientiert angegangen und gegebenenfalls grundlegend neu definiert werden. Das gilt FREIE WÄHLER Gaußstraße 39, 66123 Saarbrücken Landesvorsitzender insbesondere in Anbetracht der extremen Personalzahlen von ca. 25.000 Mitarbeitern allein im ministerialen Bereich.

---

### **CDU**

Die Einberufung eines Landestierschutzbeauftragten wollen wir in enger Abstimmung mit den Tierschutzverbänden, den Tierschutzbeauftragten in den einzelnen Kommunen und der zuständigen Abteilung im Umweltministerium abstimmen und unterstützen.

---

### **FDP**

Die FDP unterstützt die Berufung einer/eines Landestierschutzbeauftragten. Als Schnittstelle zwischen Behörden und dem Tierschutz ist es wichtig, dass dieser/diese dem Landtag unabhängig berichten kann.

---

#### **4. Frage:**

Sind Sie bereit, das Thema Katzenkastration im Rahmen der Polizeiverordnungen verbindlich zu regeln?

#### **Antworten:**

---

##### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Da Bündnis 90/Die Grünen keine absolute Mehrheit haben wird, allenfalls im Rahmen einer Koalition an einer Regierung beteiligt sein könnte, sind wir auf die Unterstützung des für das Polizeigesetz zuständigen Ministeriums angewiesen. Natürlich werden wir eine solche Umsetzung, wie im letzten Jahr der Regierungsverantwortung geschehen, anstreben. Darüber hinaus werden wir aber versuchen eine bundesrechtliche Regelung herbeizuführen.

---

##### **PIRATENPARTEI**

Da durch nicht kastrierte Freigänger großes Leid entsteht und Tierheime zunehmend überfüllt sind und leidende Tiere auch nicht mehr aufnehmen können, ist es sinnvoll hier eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die sich am "Paderborner Modell" anlehnt.

---

##### **Die LINKE-Fraktion**

Bezüglich der Kastration von Freigängerkatzen halten wir grundsätzlich das „Paderborner Model“ für sinnvoll. Allerdings sehen wir die Gefahr, dass Tierhalter mit eingeschränkten finanziellen Mitteln eher ihre Katzen aussetzen als die notwendigen Kosten zu tragen. Deshalb denken wir, dass hier eine sozial verträgliche Lösung gefunden werden muss, etwa durch eine entsprechende finanzielle Unterstützung durch das Land.

---

##### **SPD**

Tierschutzverbände fordern seit langem eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen. Initiativen auf Bundesebene sind bisher gescheitert. Eine saarländische Polizeiverordnung wäre ein sinnvoller Baustein, die unkontrollierte Fortpflanzung von Freigängerkatzen und wild lebenden Katzenpopulationen und damit Tierleid einzudämmen. Verwilderte Katzen leben häufig unter tierschutzwidrigen Bedingungen: unterernährt, oftmals krank, verletzt. Ehrenamtliche TierschützerInnen leisten gute Arbeit unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel: Sie richten Futterstellen ein; wild lebende Katzen werden eingefangen, kastriert und in ihrer gewohnten Umgebung wieder ausgesetzt.

Eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht nach Paderborner Modell allein wird kein Allheilmittel sein, sie wird nicht alle Probleme lösen, da sie nur Halterinnen und Halter in die Pflicht nehmen kann

und somit das Problem wild lebender Katzenpopulationen nicht löst. Neben einer Polizeiverordnung ist die Aufklärung der Tierhalterinnen und Tierhalter ebenso wichtig wie die ideelle und finanzielle Unterstützung durch die Kommunen. Hier gilt es, gemeinsam mit dem saarländischen Städte- und Gemeindegat eine tierschutzkonforme Lösung zu finden.

---

#### **FREIE WÄHLER**

Dies halten wir für zwingend erforderlich.

---

#### **CDU**

Die Katzenkastration sollte nur in enger Abstimmung mit den Tierschutzvereinen und den im Saarland ansässigen Tierheimen unterstützt werden. Ob eine Polizeiverordnung zielführend ist, bedarf einer Erörterung mit allen Vereinigungen im Bereich des Tierschutzes und der Tierhalter. Einer rechtlichen Regelung werden wir uns grundsätzlich nicht verweigern.

---

#### **FDP**

Die ungebremste Vermehrung von Katzen stellt viele Tierheime vor große Herausforderungen, da diese die Kosten für die Unterbringung nicht stemmen können. Die Kastration von Katzen ist eine Möglichkeit die Vervielfältigung von vor allem streunenden Katzen zu minimieren.

---

#### **5. Frage:**

Ein Wildtierverbot für Zirkustiere ist erneut gescheitert - am 15. Dezember 2011 verhinderten die CDU sowie die FDP im Bundestag eine längst fällige Verbesserung im Tierschutz.

Sind Sie bereit, das Thema "Zirkus mit Wildtieren" in den Gemeinden und Städten zu thematisieren und aktiv mit nach Lösungen zu suchen, wie sie in anderen Städten bereits erfolgreich praktiziert werden?

#### **Antworten:**

#### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Die Tierschutzrelevanz des „Zirkus mit Wildtieren“ ist uns bekannt. Wir werden weiter versuchen eine bundesrechtliche Regelung herbeizuführen. Der Versuch Gemeinden für das Thema zu sensibilisieren ist mit unbefriedigendem Ergebnis in den letzten zweieinhalb Jahren erfolgt. Getreu dem Motto „dicke Bretter bohren“ werden wir dieses Bemühen, natürlich mit Unterstützung der Tierschutzorganisationen, fortsetzen und intensivieren.

---

## **PIRATENPARTEI**

Wildtiere gehören nicht in den Zirkus, da sie in keinster Weise artgerecht gehalten werden können und somit latent gegen die sich aus dem Grundgesetz ergebende Verantwortung verstoßen wird.

---

## **Antwort Die LINKE-Fraktion**

Wir halten regionale Lösungen in Bezug auf Wildtiere im Zirkus für erstrebenswert.

---

## **SPD**

Die SPD Saar bedauert, dass das Verbot von Wildtieren im Zirkus an der Regierungskoalition auf Bundesebene gescheitert ist. Das Leben der Wildtiere im Zirkus ist weder tier- noch artgerecht. Hier sind Kommunen in der Verantwortung, da sie die öffentlichen Plätze für Zirkusveranstaltungen zur Verfügung stellen. Wir werden im Dialog mit dem Städte- und Gemeindetag aktiv nach Lösungen suchen, damit es heißen kann: „Manege frei von Wildtieren!“

---

## **FREIE WÄHLER**

Wildtiere gehören in den Zoo und nicht in den Wanderzirkus. Hier sollte eine bundesweite und bundeseinheitliche Regelung getroffen werden. Partielle Regelungen oder regionale Lobbyarbeit halten wir hier nicht für ausreichend und zielführend.

---

## **CDU**

Die CDU ist bereit dieses Thema erneut aufzugreifen und nach einer tragfähigen Lösung im Sinne des Tierschutzes gemeinsam mit allen Beteiligten zu suchen.

---

## **FDP**

Ein generelles Verbot von Wildtieren sieht die FDP für problematisch. Doch sehen wir Liberale auch, dass bestimmte Wildtiere im Zirkusbetrieb nicht artgerecht gehalten werden können. Deswegen brauchen wir ein konsequent geführtes Zirkusregister. Erst wenn wir wissen, wie viele Zirkusse welche Tiere und unter welchen Bedingungen mitführen, kann eine wissensbasierte Entscheidung erfolgen.

---



## 6. Frage:

Sind Sie bereit, im Saarland an der Einführung eines so genannten Veggie-Tages in den Verwaltungen/Behörden/Krankenhäusern/Schulen mitzuarbeiten bzw. diesen zu fördern? Viele Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik gehen hier mit guten Beispielen voran.

## Antworten:

### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Eine solche Aktion könnte z.B. auch unter Einbindung landwirtschaftlicher Direktvermarkter erfolgen und gleichzeitig eine Verbindung zwischen Tierschutz und Landwirtschaftlicher Produktion herstellen.

---

### **PIRATENPARTEI**

Der Fleischkonsum in Deutschland, wie auch in anderen Industrienationen, ist sehr hoch, so dass größere Umweltschäden entstehen und die Tierhaltung in diesen Mengen kaum artgerecht stattfinden kann. Dies verstößt sowohl gegen das Staatsziel des Tier- als auch des Umweltschutzes. Wir möchten Ressourcen nachhaltig nutzen, so dass auch nachfolgende Generationen noch ein würdiges Leben in Freiheit führen können (Parteiprogramm). Aus diesem Grund ist ein bewusster Umgang mit Fleisch und tierischen Produkten generell wichtig. Der Veggie-Tag wäre eine Maßnahme, um dieses Problem zu thematisieren, dafür zu sensibilisieren und ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen, dass Menschen freiwillig ihr Verhalten nachhaltig gestalten und staatliche Regulierungen weitestgehend unnötig ist.

---

### **Die LINKE-Fraktion**

Auch einen Veggie-Tag in Behörden und Verwaltung halten wir für sinnvoll.

---

### **SPD**

Die Einführung eines Veggie-Tag in den Verwaltungen/Behörden/Krankenhäusern und Schulen wird von uns unterstützt.

---

### **FREIE WÄHLER**

Im Rahmen der tendenziell zunehmenden Gängelung der Bürgerinnen und Bürger durch immer neue Regelungen und Vorschriften halten wir wenig von zusätzlichen Zwängen und Reglementierungen. Jeder sollte in Bezug auf seine Ernährung selbst entscheiden, was für ihn notwendig und erforderlich

ist. Engagement und Aufklärung sollte sich vielmehr grundlegend auf eine gesündere Ernährung erstrecken.

---

## **CDU**

Die CDU wird sich diesem Thema nicht verweigern und bei Bedarf auch die Einrichtung eines Veggie-Tages unterstützen.

---

## **FDP**

Jeder sollte eine Wahlmöglichkeit beim Essen haben. Spezielle Veggie-Tage sind aus liberaler Sicht zwanghaft und unnötig. Da es aber immer mehr Bürger und Bürgerinnen gibt, die aus ethischen, ethnischen oder persönlichen Gründen es vorziehen fleischlos zu leben, sollten öffentliche Kantinen neben Fleischgerichte auch vegetarische Gerichte anbieten.

---

## **7. Frage:**

Die letzte Landesregierung unter der Regierungsverantwortung der CDU hat es versäumt, einen Tierschutzbericht erstellen zu lassen.

Sind Sie bereit, einen Tierschutzbericht zeitnah erstellen zu lassen, der auch die letzten Jahre der vorletzten Legislaturperiode beinhaltet?

## **Antworten:**

### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Der Tierschutzbericht sollte mit eine originäre Aufgabe der bzw. des Landesbeauftragten für Tierschutz sein. Damit verbunden wäre der Vorteil der völligen Unbefangenheit in tierschutzrelevanten Fragestellungen.

---

### **PIRATENPARTEI**

Ein primäres Ziel unserer Partei ist es Transparenz zu schaffen. Dazu gehören zwingend das Erstellen und das Zugänglichmachen von Informationen. Ein Tierschutzbericht ist für viele Bürger eine wesentliche Komponente um Dinge im Bereich Tierschutz, die sie interessieren, einsehen zu können. Aus diesem Grunde werden wir darauf hinwirken.

---

### **Die LINKE-Fraktion**

Auch für einen regelmäßigen Tierschutzbericht werden wir uns einsetzen.

---

### **SPD**

Der Tierschutzbericht wird von einer SPD-geführten Landesregierung zeitnah erstellt werden.

---

### **FREIE WÄHLER**

Regierungen sind grundlegend in und über alle Bereiche rechenschaftspflichtig. Die Verlagerung von Berichten in schöne Hochglanzbroschüren hat an der eigentlichen Problematik meist wenig oder nichts geändert, zumal die Inhalte sehr blumig, durchgängig nur positiv, aber selten kritisch dargestellt werden.

---

### **CDU**

Ja.

---

### **FDP**

Die FDP Saar ist der Überzeugung, dass ein Tierschutzbericht in regelmäßigen Abständen erstellt werden soll. Dieser sollte eine Erhebung über aktuelle tierschutzrelevante Gesetze berichten als auch eine Zusammenfassung der Verbesserungsmöglichkeiten im Tierschutz diskutieren.

---

### **8. Frage:**

Aufgrund negativster Erfahrungen halten wir es für dringend notwendig, dass das Landesamt für Gesundheit und Verbraucherschutz (LGV) sowie die Dienst- und Fachaufsicht in einem Ministerium untergebracht werden. Unterstützen Sie diese Forderung?

Festzustellen ist, dass eine reibungslose offene Kooperation seitens der Behörden und Ministerien gerade im Interesse der Behebung eklatanter Versäume zum Schutz von Tieren nicht vorhanden ist – häufig werden auch juristisch nicht nachvollziehbare Gründe wie der „Datenschutz“ vorgeschoben.

## **Antworten:**

### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Da Bündnis 90/Die Grünen keine absolute Mehrheit haben wird, allenfalls im Rahmen einer Koalition an einer Regierung beteiligt sein könnte, versuchen wir natürlich im Rahmen der Möglichkeiten, ggfls. auch in Koalitionsverhandlungen eine Konzentration der Zuständigkeiten in einem Ministerium herbeizuführen.

---

### **PIRATENPARTEI**

Leider gibt es immer wieder Ämter, die aus vorgeschobenen Gründen, wie Datenschutz oder Urheberrecht Informationen nicht herausgeben. Ob in diesem konkreten Fall die Verlagerung der Aufgaben eines Amtes zu einem Ministerium notwendig ist oder die Datenschutzbestimmungen geändert werden müssen, werden wir prüfen und je nachdem entscheiden. Datenschutz ist eines unserer Kernthemen und soll dazu dienen, personenbezogene Daten zu schützen, nicht als Ausrede genutzt werden können, um amtliche Informationen geheim zu halten. (gemeint ist hier wohl das Landesamt für Gesundheit und Verbraucherschutz <http://www.saarland.de/lgv.htm>)

Festzustellen ist, dass eine reibungslose offene Kooperation seitens der Behörden und Ministerien gerade im Interesse der Behebung eklatanter Versäume zum Schutz von Tieren nicht vorhanden ist – häufig werden auch juristisch nicht nachvollziehbare Gründe wie der „Datenschutz“ vorgeschoben.

---

### **Die LINKE-Fraktion**

Die Fragen 8. bis 10. beschäftigen sich mit dem Problem der Koordinierung des Tierschutzes. Wie schon in der 1. Antwort angedeutet hält die Fraktion Die LINKE im saarländischen Landtag eine Reform der Koordination zwischen den zuständigen Behörden, dem Ministerium und den Tierschutzorganisationen für dringend geboten. Klar ist, dass es an funktionierenden Kontrollsystemen mangelt. Die hierzu geeignetsten Mittel und Wege sollten nach der Wahl schnellstmöglich in einem gemeinsam mit den Betroffenen geführten Prozess herausgearbeitet werden.

---

### **SPD**

Die SPD Saar wird in Regierungsverantwortung bestehende Verwaltungsstrukturen im Bereich Tierschutz ergebnisoffen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir wollen den Tierschutzgedanken voranzubringen, dazu gehören ein effizienter Vollzug tierschutzrelevanter Gesetze und die präventive Kontrolle.

---

## **FREIE WÄHLER**

Mangels detaillierter Kenntnis können wir hierzu keine Stellungnahme abgeben.

---

## **CDU**

Die in der letzten Zeit bekannt gewordenen Mängel in der Tierhaltung wurden durch die bereits vorhandenen gesetzlichen Vorgaben sehr zügig behoben und für die Öffentlichkeit transparent dargestellt und abgestellt. Wo es erforderlich ist, stehen wir einem weiteren gesetzlichen Handlungsbedarf unter Abwägung aller öffentlicher Interessen aufgeschlossen gegenüber.

---

## **FDP**

Eine Angliederung des LGV an das Umweltministerium hält die FDP Saar für unsinnig. Da die erheblichen Mehrkosten nicht den Nutzen rechtfertigen. Die FDP Saar setzt sich aber gerne für eine Zusammenlegung des Umwelt und Gesundheitsministerium ein, da neben dem Tierschutz noch weitere Schnittstellen bei diesen beiden Ministerien vorliegen.

---

## **9. Frage:**

Sind Sie in Regierungsverantwortung bereit, den Tierschutzgedanken auch in Behörden und Ministerien voranzubringen resp. der angesprochenen erforderlichen Kooperation Wege zu ebnen?

## **Antworten:**

### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja.

---

### **PIRATENPARTEI**

Grundgesetzlich definierte Staatsziele müssen selbstverständlich auch bis in Behörden und Ministerien getragen werden.

---

## **Die LINKE-Fraktion**

Die Fragen 8. bis 10. beschäftigen sich mit dem Problem der Koordinierung des Tierschutzes. Wie schon in der 1. Antwort angedeutet hält die Fraktion Die LINKE im saarländischen Landtag eine Reform der Koordination zwischen den zuständigen Behörden, dem Ministerium und den Tierschutzorganisationen für dringend geboten. Klar ist, dass es an funktionierenden Kontrollsystemen mangelt. Die hierzu geeignetsten Mittel und Wege sollten nach der Wahl schnellstmöglich in einem gemeinsam mit den Betroffenen geführten Prozess herausgearbeitet werden.

---

## **SPD**

Die SPD Saar wird in Regierungsverantwortung bestehende Verwaltungsstrukturen im Bereich Tierschutz ergebnisoffen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir wollen den Tierschutzgedanken voranzubringen, dazu gehören ein effizienter Vollzug tierschutzrelevanter Gesetze und die präventive Kontrolle.

---

## **FREIE WÄHLER**

Auch in Bezug auf den Tierschutz sehen wir uns als verpflichtet an, die verfassungsrechtlichen Postulate umzusetzen (siehe Art. 20 a GG).

---

## **CDU**

Die in der letzten Zeit bekannt gewordenen Mängel in der Tierhaltung wurden durch die bereits vorhandenen gesetzlichen Vorgaben sehr zügig behoben und für die Öffentlichkeit transparent dargestellt und abgestellt. Wo es erforderlich ist, stehen wir einem weiteren gesetzlichen Handlungsbedarf unter Abwägung aller öffentlicher Interessen aufgeschlossen gegenüber.

---

## **FDP**

Eine Angliederung des LGV an das Umweltministerium hält die FDP Saar für unsinnig. Da die erheblichen Mehrkosten nicht den Nutzen rechtfertigen. Die FDP Saar setzt sich aber gerne für eine Zusammenlegung des Umwelt und Gesundheitsministerium ein, da neben dem Tierschutz noch weitere Schnittstellen bei diesen beiden Ministerien vorliegen.

---

## **10. Frage:**

Die jüngsten Skandale hinsichtlich der sog. „Landwirtschaftlichen Nutztierhaltung“ haben gezeigt, dass effiziente, dichte und übergreifende Kontrollsysteme in Sachen Tier- und Naturschutz fehlen.

Sind Sie bereit, mit Tier- und Naturschutzorganisationen in diesem Bereich zusammenzuarbeiten und ein solches Kontrollsystem zu entwickeln?

## **Antworten:**

### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja.

---

### **PIRATENPARTEI**

Unsere gesamte Parteistruktur ist bewusst offen gestaltet, dass auch Nicht-Mitglieder an Diskussionen und der Erarbeitung von Positionen, aus denen Gesetze abgeleitet werden, mitwirken können. Es nützt wenig, weitere versagende Kontrollinstanzen etablieren zu wollen. Das direkte Mitwirken über unsere offenen Kommunikationsstrukturen eröffnet deutlich effizientere Wege der Mitgestaltung. Hier besteht dann ein direkter Verbindungsweg zu unseren Parlamentariern, falls wir denn welche haben werden.

---

### **Die LINKE-Fraktion**

Die Fragen 8. bis 10. beschäftigen sich mit dem Problem der Koordinierung des Tierschutzes. Wie schon in der 1. Antwort angedeutet hält die Fraktion Die LINKE im saarländischen Landtag eine Reform der Koordination zwischen den zuständigen Behörden, dem Ministerium und den Tierschutzorganisationen für dringend geboten. Klar ist, dass es an funktionierenden Kontrollsystemen mangelt. Die hierzu geeignetsten Mittel und Wege sollten nach der Wahl schnellstmöglich in einem gemeinsam mit den Betroffenen geführten Prozess herausgearbeitet werden.

---

### **SPD**

Die SPD Saar wird in Regierungsverantwortung bestehende Verwaltungsstrukturen im Bereich Tierschutz ergebnisoffen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir wollen den Tierschutzgedanken voranzubringen, dazu gehören ein effizienter Vollzug tierschutzrelevanter Gesetze und die präventive Kontrolle.

## **FREIE WÄHLER**

Die Kontrollsysteme müssen sich nicht nur auf die landwirtschaftliche Nutztierhaltung, sondern vor allen Dingen auch auf die Futtermittel erstrecken, weil hier gleichermaßen Schindluder getrieben worden ist und wird (Altöl im Tierfutter usw.).

---

## **CDU**

Die in der letzten Zeit bekannt gewordenen Mängel in der Tierhaltung wurden durch die bereits vorhandenen gesetzlichen Vorgaben sehr zügig behoben und für die Öffentlichkeit transparent dar- und abgestellt. Wo es erforderlich ist, stehen wir einem weiteren gesetzlichen Handlungsbedarf unter Abwägung aller öffentlicher Interessen aufgeschlossen gegenüber.

---

## **FDP**

Wir Liberalen stehen für eigenverantwortliches Handeln. Auch die saarländischen Landwirte behandeln ihre Tiere verantwortungsbewusst und dürfen nicht unter Generalverdacht stehen. Kontrollen in der Nutztierhaltung sind dennoch wichtig. Es besteht bereits ein engmaschiges Netz aus gesetzlichen Regelungen. Die FDP Saar ist der Ansicht, dass diese prinzipiell ausreichen und nur beim Vollzug nachgebessert werden soll.

---

## **11. Frage:**

Verbandsklagerecht

Die Einführung des unbedingt notwendigen Verbandsklagerechts wurde leider durch das Ende der Jamaika-Koalition gestoppt. Nachdem es dazu einen Kabinettsbeschluss gibt, wurde ein Gesetzentwurf erarbeitet, der in diversen Punkten die Wirksamkeit dieses Gesetzes beeinträchtigt.

Sind Sie bereit, das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine in verbesserter Form wiederum zeitnah auf den Weg zu bringen?

## **Antworten:**

## **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ja. Bereits durch einen eigenen Antrag erfolgt.

---



## **PIRATENPARTEI**

In Fällen, wo der Geschädigte nicht selbst klagen kann, muss es eine gesetzliche Regelung geben, bei der andere Klagebefugnis erhalten. Im Bereich des Umweltschutzes gibt es bereits ein Verbandsklagerecht für anerkannte Umweltschutzvereine. Da beides Staatsziele mit gleichem Rang sind, und die Klagebefugnisse der Umweltschutzverbände insgesamt positive und keine bekannten negativen Auswirkungen hatten, sehen wir hier ein Versäumnis, was dringend aufgearbeitet werden sollte. (wurde auch schon ins Berliner Grundsatzprogramm aufgenommen und hatte sehr hohe Zustimmung im Bundes-LQFB <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1939.html>)

---

## **Die LINKE-Fraktion**

Die Fraktion Die LINKE setzt sich für ein Verbandsklagerecht ein. Dies haben wir zuletzt auch in der Plenarsitzung im saarländischen Landtag vorgetragen.

---

## **SPD**

Die SPD steht zum Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände und wird die Tierschutzverbandsklage einführen. Der von der ehemaligen Jamaika-Koalition vorgelegte Entwurf war jedoch nicht zustimmungsfähig, da er weder verfassungskonform, noch inhaltlich ein wirksames Instrument für die Beseitigung des rechtlichen Ungleichgewichts zwischen Tierschutz und Tiernutzung war.

---

## **FREIE WÄHLER**

In einem demokratischen Gemeinwesen muss eine entsprechende Kontrolle durch die Verwaltung und die entsprechenden Aufsichtsgremien gewährleistet werden. Eine FREIE WÄHLER Gaußstraße 39, 66123 Saarbrücken Landesvorsitzender länderspezifische Regelung ist hier fehl am Platz. Wenn, dann bedarf es einer bundeseinheitlichen Regelung.

---

## **CDU**

Die Einführung des Tierschutzverbandsklagerechts wird von uns mitgetragen. Der entsprechende Gesetzentwurf ist in der parlamentarischen Beratung. Es bestanden verfassungsrechtliche Bedenken gegen den vom zuständigen Fachministerium eingebrachten Gesetzesentwurf. Gegebenenfalls werden wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode für diesen Gesetzesentwurf einsetzen.

---

## **FDP**

Die FDP Saar sieht in der Schaffung weiterer Verbandsklagerechte den Aufbau einer unnötigen Bürokratie. So sieht das Tierschutzgesetz bereits ein funktionierendes Regelwerk einschließlich Straf-

und Ordnungswidrigkeitsvorschriften vor. Tierschutzverbände können deshalb zum Beispiel durch Anzeige von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten aktiv zur Durchsetzung des Rechts beitragen.

---

## 12. Frage:

Jagd

1. Sind Sie bereit, das bestehende saarländische Jagdgesetz zu reformieren und bereit, die Schonzeiten für jagdbare Tierarten kontinuierlich zu verlängern und Listen „bejagbarer“ Tierarten zu verkürzen?

2. Sind Sie bereit, die Fallenjagd, die Jagdhundausbildung an lebenden Tieren und die Baujagd, welche allesamt brutalste Jagdpraktiken darstellen, zu verbieten ?

Zur Erklärung:

Fallen fangen nicht selektiv, gefangene Tiere sind erhöhtem Stress ausgesetzt und sterben oft an ihrer Panik oder an Befreiungsversuchen.

Bei der Baujagd werden kleine scharfe Jagdhunde in Tierbauten gehetzt. Oftmals töten diese Hunde die sich darin aufhaltenden und schutzsuchenden Fuchs- oder Dachswelpen. Oder es kommt zu erbitterten oft stundenlang anhaltenden Kämpfen und schwersten Verletzungen zwischen Hund und Wildtier.

Füchse werden gefangen und in kleinen Verschlagen gehalten, einzig zu dem Zweck als Übungstier in Schliefanlagen zur Scharfmachung von Jagdhunden zu dienen. Nach der „Übungssaison“ werden die Füchse getötet.

Enten werden für die Jagdhundausbildung extra gezüchtet. Ihnen werden dann die Flügel zusammengebunden. Es ist ihnen nicht möglich, dem Jagdhund schwimmend oder fliegend zu entkommen.

3. Sind Sie bereit, speziell die Fuchsschonzeit beizubehalten bzw. kontinuierlich zu erweitern?

Zur Erklärung:

Die Fuchsschonzeit im Saarland hat gezeigt, dass hierdurch weder erhöhte Schäden durch den Fuchs noch eine Überpopulation an Füchsen zu verzeichnen sind.

4. Sind Sie bereit, umfangreichere Wildruhezonen einzurichten und jegliche Jagdtätigkeiten in Naturschutzgebieten, Biosphärenreservaten und Natura-2000-Gebieten zu untersagen?

Zur Erklärung:

Wildtiere benötigen Ruhe- und Rückzugsräume. Dies wäre durch die Ausweisung jagdfreier Zonen, zumindest in Naturschutzgebieten gegeben.

5. Sind Sie bereit, den Haustierabschuss zu verbieten?

Zur Erklärung:

Haustiere sind lieb gewonnene Familienmitglieder. Jährlich kommen in der Bundesrepublik hunderttausende Hunde und Katzen, darunter auch seltene Wildkatzen, durch Jäger ums Leben. Haustierbesitzer beklagen massiv, dass ihre Hunde und Katzen durch Jäger getötet werden.

6. Sind Sie bereit, einer erweiterten staatlichen Kontrolle der Jagdgesetzgebung beizupflichten?

Zur Erklärung:

Nachgewiesenermaßen kommt es häufig zu Gesetzesverstößen im Zusammenhang mit dem Jagdgesetz. Anders als in anderen europäischen Ländern werden die Jäger in Deutschland nicht von unabhängigen staatlichen Stellen kontrolliert. Dies ist jedoch unbedingt erforderlich.

---

## Antworten:

### Bündnis 90/DIE GRÜNEN

*(1. Sind Sie bereit, das bestehende saarländische Jagdgesetz zu reformieren und bereit, die Schonzeiten für jagdbare Tierarten kontinuierlich zu verlängern und Listen „bejagbarer“ Tierarten zu verkürzen?)*

Die Schonzeiten werden den wildbiologischen Gegebenheiten der einzelnen Arten angepasst, dazu gehört auch, dass einzelne Arten ganzjährig von einer Bejagung ausgenommen werden. Die Liste der jagdbaren Arten wird verkürzt.

*(2. Sind Sie bereit, die Fallenjagd, die Jagdhundausbildung an lebenden Tieren und die Baujagd, welche allesamt brutalste Jagdpraktiken darstellen, zu verbieten?)*

Ja.

*(3. Sind Sie bereit, speziell die Fuchsschonzeit beizubehalten bzw. kontinuierlich zu erweitern?)*

Ja. Die Fuchsschonzeit würde ich beibehalten und ein Modellprojekt „Bejagungsverbot Fuchs mit wissenschaftlicher Begleitung in der Biosphäre Bliesgau umsetzen. Im größten Waldbesitz des Saarlandes, dem Staatswald, hatte ich die Bejagung bereits per Verfügung vor Ausscheiden aus dem Amt ganzjährig eingestellt.

*(4. Sind Sie bereit, umfangreichere Wildruhezonen einzurichten und jegliche Jagdtätigkeiten in Naturschutzgebieten, Biosphärenreservaten und Natura-2000-Gebieten zu untersagen?)*

Entscheidend ob in einem Schutzgebiet gejagt wird oder nicht ist der Schutzzweck. Die Jagd wäre daher allenfalls denkbar, wenn sie zur Erreichung des Schutzzweckes notwendig ist. Darüber befindet sich nicht der Jagdpächter etc. sondern dies muss von jagdlich unabhängiger Stelle festgelegt werden.

*(5. Sind Sie bereit, den Haustierabschuss zu verbieten?)*

Ja.

*(6. Sind Sie bereit, einer erweiterten staatlichen Kontrolle der Jagdgesetzgebung beizupflichten?)*

Wir haben geeignete Instrumente zur Ahndung von Jagdverstößen. Es liegt aber am Vollzug, dem starken Einfluss des größten Jagdverbandes in die Jagdbehörden und den geringen Strafen.

---

## **PIRATENPARTEI**

Anmerkung: Jagd ist ein Thema was bei uns noch heiß diskutiert wird.

*(1. Sind Sie bereit, das bestehende saarländische Jagdgesetz zu reformieren und bereit, die Schonzeiten für jagdbare Tierarten kontinuierlich zu verlängern und Listen „bejagbarer“ Tierarten zu verkürzen?)*

Sowohl Tierschutz als auch das Jagdrecht werden in unserer Partei heftig diskutiert. Es gibt zum Teil sogar Überschneidungen der Ansichten, aber auch völlig entgegengesetzte, teilweise verhärtete Fronten. Fundamentalismus macht es den Parteimitgliedern schwer, sich objektiv eine Meinung bilden zu können. Hobbyjagd und Trophäensammlung sollen nicht einen sinnvollen Tierschutz beherrschen. Auch viele Jäger haben sich für sinnvollen Tierschutz bekannt. Ein vernünftiger Dialog könnte uns allen einem gemeinsamen Ziel näher bringen. Unser Landesparteitag könnte hierfür erste erhellende Ergebnisse liefern.

*(2. Sind Sie bereit, die Fallenjagd, die Jagdhundausbildung an lebenden Tieren und die Baujagd, welche allesamt brutalste Jagdpraktiken darstellen, zu verbieten?)*

Tierquälerei gehört definitiv nicht zu den erstrebenswerten Zielen der Piratenpartei. Dagegen wird sich bestimmt der gesunde Menschenverstand und das Selbstverständnis unser Mitglieder wehren.

*(3. Sind Sie bereit, speziell die Fuchsschonzeit beizubehalten bzw. kontinuierlich zu erweitern?)*

Wenn wissenschaftliche Studien belegen, dass die Schonzeit sinnvoll erscheint, wird sich die Piratenpartei dafür einsetzen. Sinnlose Jagd aufgrund eines Spaßfaktors darf nicht zu Lasten von Tieren stattfinden.

*(4. Sind Sie bereit, umfangreichere Wildruhezonen einzurichten und jegliche Jagdtätigkeiten in Naturschutzgebieten, Biosphärenreservaten und Natura-2000-Gebieten zu untersagen?)*

Wie der Name „Naturschutzgebiet“ ausdrückt, wurde eine solche Zone offenkundig aus benannten Gründen geschaffen. Hier wäre die Definition zu prüfen und schließlich danach zu handeln. Aufgrund fehlender Erkenntnisse müssten wir jedoch ergebnisoffen an das Problem herantreten.

*(5. Sind Sie bereit, den Haustierabschuss zu verbieten?)*

In diesen Fall muss von Seiten der Haustierbesitzer die Faktenlage dargestellt werden. Aus der Fragestellung geht nicht zweifelsfrei hervor, welches die Beweggründe für einen Abschuss von diesen Tieren sind. Es gibt bekannte Fälle, wo freilaufende Hunde Menschen, insbesondere Kinder ,

angegriffen und massiv verletzt haben. Hier bedarf es offensichtlich Einzelfallentscheidungen. Diese Frage lässt sich bedauerlicherweise nicht pauschal beantworten.

*(6. Sind Sie bereit, einer erweiterten staatlichen Kontrolle der Jagdgesetzgebung beizupflichten?)*

Bei Gesetzesverstößen ist natürlich im Rahmen einer Strafverfolgung vorzugehen. Jäger, die gegen geltendes Recht verstoßen, müssen sich entsprechend verantworten. Eine funktionierende Judikative muss selbstverständlich neutral handeln. Auch hier wiederum gilt, dass die entsprechenden Nachweise erbracht werden müssen.

---

### **Die LINKE-Fraktion**

Allgemein setzen wir uns für Reformen im Sinne des Tierschutzes auch im Bereich der Jagd ein. Zu diesem Zweck halten wir es für notwendig, dass, etwa über das Mittel des von Ihnen vorgeschlagenen runden Tisches, gemeinsame Lösungen aller Beteiligten gesucht werden. Oberste Priorität muss dabei dem Wohl der Tiere zukommen. Welche Mittel im Einzelnen sinnvoll wären, muss in einem solchen Prozess geklärt werden. Jedenfalls halten wir ein Verbot des Haustierabschlusses für sinnvoll sowie Wildruhezonen für sinnvoll.

---

### **SPD**

Wir stehen zu einer zeitgemäßen Weiterentwicklung des Jagdrechts. Die Novelle werden wir angehen im sachlichen, fairen, differenzierten, auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse beruhenden Dialog mit den Tier-, Naturschutz –und Jagdverbänden. Wir werden das Verbot des Haustierabschlusses und das Verbot der Ausbildung und Prüfung von Hunden an lebenden Tieren im Saarländischen Jagdrecht verankern.

---

### **FREIE WÄHLER**

Mangels konkreter Befassung mit dieser Thematik können wir hierzu in der Kürze der Zeit nicht Stellung nehmen.

---

### **CDU**

Das saarländische Jagdgesetz hat sich in seiner aktuellen Form grundsätzlich bewährt. Wir wollen das Gesetz in einigen wenigen Punkten so überarbeiten, dass ein fairer Interessenausgleich zwischen der Jagd, dem Natur- und Tierschutz gewährleistet ist.

---

## FDP

Antwort 1: Nein. Die FDP Saar tritt nicht für eine Verlängerung der Schonzeiten ein auch soll die Liste der bejagdbaren Tiere nicht verkürzt werden.

Antwort 2: Die FDP Saar setzt sich für eine tierschutzfreundliche Jagdausübung ein. Dazu gehört auch, dass Jagdhunde gut ausgebildet sind, damit sie bejagdbare Tiere nicht unnötig verletzen.

Die Bekämpfung von Überpopulationen mit Lebendfallen ist in unserer modernen Gesellschaft ein angemessenes Instrument um aktiven Naturschutz zu betreiben. Vor allem die Ausbreitung von Schwarzwildrotten wird somit effizient verhindert, so dass die Gefahr für die Bevölkerung minimiert wird.

Antwort 3: Nein. Wir Liberalen möchten die Fuchsschonzeit wie gewohnt beibehalten.

Antwort 4: Die FDP Saar befürwortet prinzipiell die Jagd in Schutzgebieten. Denn Naturschutzgebiete haben unterschiedliche Schutzziele. In Gebiete, die aufgrund seltener Pflanzenarten geschützt sind, sollte die Jagd gestattet sein. In Vogelschutzgebieten sollte die Möglichkeit zur Jagd beschränkt sein, um Vögel in der Brutzeit nicht zu stören.

Antwort 5: Sowohl Haustiere als auch Wildtiere sind schutzwürdig. Zum einen werden bestimmte Niederwildarten durch Haustiere bedroht. Zum anderen stellen nicht alle Haustiere im Wald unmittelbar eine Gefahr für Wildtiere dar. Sowohl das Verbot des Abschusses von Haustieren als auch die generelle Freigabe des Abschusses sind hier nicht das geeignete Mittel. Beide genannten Wege stellen Extrempositionen dar, die jeweils nur eine Seite schützen und die andere völlig außen vor lassen. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, dass beide Tiergruppen in Form eines ausgewogenen Interessenausgleichs angemessen geschützt werden.

Antwort 6: Wir Liberale setzen uns für die Eigenverantwortung von Jägerinnen und Jägern ein. Eine Ausweitung der Kontrollen halten wir für unnötig.

---

## 13. Frage:

### Tierversuche

Die Anzahl der Tierversuche im Saarland ist gestiegen.

Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Tierversuchersatzverfahren an einer Landes-Universität wäre ein zentrales und effektives Instrument, um die Entwicklung tierversuchsfreier Verfahren gezielt zu fördern. Ein solcher Lehrstuhl deckt die Bereiche ab, auf die es tatsächlich ankommt: Akademische Lehre, Forschung und gesellschaftliche Akzeptanz. Außerdem fördert und sichert ein Lehrstuhl den wissenschaftlichen Nachwuchs und zieht Wissenschaftler aus der ganzen Welt an. Je mehr Wissenschaftler qualifiziert auf den In-vitro-Gebieten forschen und lehren, umso größer ist der Output an leistungsfähigen und praxisreifen neuen Verfahren. Von diesen Lehrstühlen wird eine Initialzündung ausgehen, die sich positiv auf die Qualität und Kapazität der Ersatzverfahren auswirken und einen fruchtbaren Wettbewerb der Lehrstühle untereinander auslösen wird.

1. Würden Sie die Einrichtung eines Lehrstuhls für Tierversuchersatzverfahren im Saarland unterstützen und an dieser Zielsetzung mitarbeiten, sie fördern und eventuell auch aus Kostengründen in Kooperation mit einem anderen Bundesland?

**Antworten:**

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Ein eigener Lehrstuhl an der Universität des Saarlandes ist vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation kaum denkbar. Überlegenswert wäre jedoch eine gemeinsame Initiative mehrerer Bundesländer, um Alternativen zu Tierversuchen zu forcieren.

---

**PIRATENPARTEI**

Ein solcher Lehrstuhl ist sinnvoll und könnte die medizinische Forschung insgesamt entscheidend voranbringen, da mit den derzeitigen Verfahren kaum noch wirklich ein größerer Nutzen erzielt wird. Für verschiedene qualvolle Stofftests gibt es bereits Alternativverfahren, in solchen Fällen sollte der Tierversuch generell untersagt werden. Eine Umsetzung der Überarbeitung der EU-Richtlinie: 86/609/EWG in deutsches Recht mit den Grundzielen 3R - Replacement, Reduction and Refinement (Ersatz, Begrenzung und Verbesserung) ist längst überfällig.

( [http://europa.eu/legislation\\_summaries/environment/nature\\_and\\_biodiversity/l28104\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/environment/nature_and_biodiversity/l28104_de.htm) )

---

**Die LINKE-Fraktion**

Wir lehnen Tierversuche ab. Sie sind nicht mehr zeitgemäß. Ein Lehrstuhl für Tierversuchersatzverfahren ist eine sinnvolle Einrichtung, um weitere unnütze Tierquälerei zu verhindern.

---

**SPD**

Die Errichtung eines Lehrstuhls für Tierversuchersatzverfahren an den Hochschulen des Saarlandes wäre sinnvoll, um hier ein Zeichen zu setzen und die Erforschung und Entwicklung tierversuchsfreier Verfahren voranzubringen. Wir weisen aber auch darauf hin, dass das Saarland ein Haushaltsnotlageland ist und deshalb nicht alles Wünschenswerte umgesetzt werden kann. Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Bundesländern und auch anderen Partnern werden von einer SPD-geführten Landesregierung geprüft werden.

---

## **FREIE WÄHLER**

Diese sollten auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Die entsprechenden fachlichen Kenntnisse für Ersatzverfahren liegen vielfach vor und bedürfen nur der Umsetzung. Hier ist entsprechend auf die Umsetzung hinzuwirken. Wir bezweifeln, dass die Einrichtung eines Lehrstuhls die Veränderung in der Praxis bewirken kann.

---

## **CDU**

Die Einrichtung eines landeseigenen Lehrstuhls für Tierversuchersatzverfahren ist im Saarland aufgrund der finanziellen Lage in naher Zukunft sicherlich nicht möglich. Wir werden aber vollumfänglich den Auftrag unserer Landesverfassung gewährleisten, wonach Tiere als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet und geschützt werden.

Themen, Belange und Bedürfnisse aus Sicht der Tierschutzvereinigungen werden von uns in den gesellschaftlichen Kontext gestellt und in Abwägung mit den Gemeinwohlinteressen behandelt und entschieden. Hierzu werden wir – wie bisher – auch in der Zukunft einen engen und ergebnisorientierten Kontakt in allen den Tierschutz betreffenden Sachfragen mit den engagierten Tierschutzvereinigungen pflegen. Dort wo es erforderlich ist, stehen wir einem weiteren gesetzlichen Handlungsbedarf unter Abwägung aller öffentlicher Interessen aufgeschlossen gegenüber.

---

## **FDP**

Tierversuche sollten so weit wie möglich eingeschränkt werden. Deshalb unterstützt die FDP Saar Maßnahmen, die dazu geeignet sind, Tierversuche auf das absolut Notwendige zurückzuführen. Wichtige Impulse hierfür kann ein Lehrstuhl für Tierersatzversuche liefern. Zuvor muss allerdings geprüft werden, inwiefern sich ein solcher Lehrstuhl in das Profil der Universität des Saarlandes einbetten lässt und wie sich die Nachfrage nach einer solchen Fachrichtung darstellt. Aufgrund der finanziell äußerst angespannten Situation des Saarlandes halten wir es außerdem für sinnvoll, die Einrichtung eines solchen Lehrstuhles in Kooperation mit einem anderen Bundesland zu machen.

---

## **14. Frage:**

Tierschutz im Unterricht

Unserer Auffassung und Erfahrung nach wird der „Tierschutzgedanke“ auch an saarländischen Schulen in den Ethik-Unterrichtsstunden unzureichend vermittelt.

Das Bewusstsein junger Menschen für die Tiere, grundlegende Werte zu vermitteln und die Zusammengehörigkeit alles Lebendigen bewusst zu machen – ein langjähriges dringliches Anliegen, auch von uns.



1. Würden Sie es befürworten zukünftig in die Lehrpläne aller Schulen explizit Tierschutz-Unterrichtsstunden einzuarbeiten?
2. Würden Sie es prinzipiell unterstützen, dass Tierschutzlehrer/innen seitens Tierschutzorganisationen als Gastreferenten den augenblicklichen Ethikunterricht an saarländischen Schulen ergänzend begleiten?
3. Wären Sie einverstanden mit der Maßnahmen, die dazu notwendigen Kenntnisse den Lehrkräften im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen vermitteln zu lassen, um dauerhaft eine „Tierschutzkompetenz“ im saarländischen Bildungssystem zu installieren?

### **Antworten:**

#### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

*(1. Würden Sie es befürworten zukünftig in die Lehrpläne aller Schulen explizit Tierschutz-Unterrichtsstunden einzuarbeiten?)*

Im Unterricht sollten wichtige Zukunftsaufgaben wie z.B. das Thema „Ressourcenverantwortung“ genauso so eine Rolle spielen wie das Thema Ethik gegenüber den Mitmenschen und unseren Mitgeschöpfen, unseren Tieren. Beides werde ich unterstützen und hatte diesbezüglich in den letzten beiden Jahren bereits Gespräche geführt.

*(2. Würden Sie es prinzipiell unterstützen, dass Tierschutzlehrer/innen seitens Tierschutzorganisationen als Gastreferenten den augenblicklichen Ethikunterricht an saarländischen Schulen ergänzend begleiten?)*

Grundsätzlich ist es denkbar, dass sich Schulen auch Tierschutzorganisationen bedienen, genauso wie dies fallweise auch im Bereich Naturschutz erfolgt.

*(3. Wären Sie einverstanden mit der Maßnahmen, die dazu notwendigen Kenntnisse den Lehrkräften im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen vermitteln zu lassen, um dauerhaft eine „Tierschutzkompetenz“ im saarländischen Bildungssystem zu installieren?)*

Dies könnte auch über Lehrerfortbildungsveranstaltungen, z.B. über das LPM, themenbezogen erfolgen.

---

## **PIRATENPARTEI**

*(1. Würden Sie es befürworten zukünftig in die Lehrpläne aller Schulen explizit Tierschutz-Unterrichtsstunden einzuarbeiten?)*

Ausreichend Informationen und Wissen sind die Grundlage für ein verantwortungsvolles Handeln. In diesem Sinne ist es wichtig entsprechende Inhalte in Schulen zu vermitteln und somit auch ein Verständnis für die Auswirkungen des eigenen Handelns zu schaffen.

*(2. Würden Sie es prinzipiell unterstützen, dass Tierschutzlehrer/innen seitens Tierschutzorganisationen als Gastreferenten den augenblicklichen Ethikunterricht an saarländischen Schulen ergänzend begleiten?)*

Praktische Erfahrungen können häufig nur Menschen vermitteln, die auch in entsprechenden Gebieten selbst aktiv sind. Gastreferenten sind somit eine sinnvolle Ergänzung, um den Unterricht nicht ausschließlich theoretisch zu halten.

*(3. Wären Sie einverstanden mit der Maßnahmen, die dazu notwendigen Kenntnisse den Lehrkräften im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen vermitteln zu lassen, um dauerhaft eine „Tierschutzkompetenz“ im saarländischen Bildungssystem zu installieren?)*

Lehrkräfte müssen über grundlegendes Wissen verfügen damit sie es auch weitervermitteln können. Wir streben prinzipiell nach einem höheren allgemeinen Bildungsstand und müssen dafür zwingend auch Rahmenbedingungen schaffen das Lehrpersonal besser weiterentwickeln zu können, auch bei Aspekten des Tierschutzes.

---

## **Die LINKE-Fraktion**

Wir sind für die Vorschläge zum Tierschutzunterricht. Sowohl die Idee der Gastreferenten als auch die Fortbildung von Lehrern in diesem Bereich findet unsere Zustimmung.

---

## **SPD**

Schülerinnen und Schülern den verantwortungsvollen Umgang mit unseren Mitgeschöpfen näher zu bringen, ist eine wichtige Querschnittsaufgabe im Unterricht. Wir halten es für richtig und wichtig, dass ehrenamtliche Tierschützerinnen und Tierschützer einbezogen werden, um Schülerinnen und Schülern aus der täglichen Praxis zu berichten.

---

## **FREIE WÄHLER**

Schon zu meiner Schulzeit war der Tierschutz Unterrichtsgegenstand, weil die Lehrkräfte insbesondere im Biologie- und Gemeinschaftskundeunterricht solche Themen erörtert haben. Dies müsste gerade nach der verfassungsrechtlichen Festschreibung von Art. 20 a GG selbstverständlicher Inhalt der Lehrpläne sein. Sollte es hieran fehlen, wären diese entsprechend zu modifizieren.

Angesicht der Vielzahl von Problemen und Themen auf unterschiedlichsten Bereichen unserer Gesellschaft würden wir nicht für eine spezielle Festschreibung nur dieses Themas votieren.

---

## **CDU**

KEINE ANTWORT

---

## **FDP**

Antwort 1: Ja. Der Tierschutz kann im Unterricht etwa in den Fächern Ethik und Biologie behandelt werden. Beim Integrieren in den Lehrplan ist allerdings darauf zu achten, dass das Thema Tierschutz mit den bestehenden Lehrplänen in Einklang gebracht wird und Lehrpläne nicht überfrachtet werden.

Antwort 2: Ja. Dabei soll es Schulleitung und Lehrer überlassen bleiben, ob und inwieweit die Einbindung der Gastreferenten erfolgt.

Antwort 3: Wir setzen in diesem Bereich auf Freiwilligkeit. Lehrerinnen und Lehrern muss die Möglichkeit offen stehen, sich im Bereich Tierschutz weiterzubilden. Bereits heute besteht diese Möglichkeit, so dass Lehrkräfte im Unterricht dem Tierschutz angemessen und aktuell behandeln können.

---

## **15. Frage:**

Sexueller Missbrauch von Tieren

Sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren sind in Deutschland nicht verboten.

Seit 1969 kann nach Streichung des § 175 b - jeder seine persönlichen sexuellen Neigungen und Bedürfnisse durch ein Tier befriedigen, ohne mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen zu müssen. Ob hinter der geschlossenen Stalltür oder in den eigenen vier Wänden, allein oder zusammen mit anderen Gleichgesinnten, das betroffene Tier ist rechtlich ungeschützt. Denn das Recht des Tieres beginnt heute erst dort, wo der Mensch durch seine Handlungen dem Tier erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt. Sind bedeutsame körperliche Verletzungen weder feststellbar noch beweisbar, so liegt kein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz vor. Die sexuelle Handlung selbst kann nach dem Grundsatz "Keine Strafe ohne Gesetz" nicht geahndet werden.

Siehe:

Der Grundsatz: Keine Strafe ohne Gesetz steht in: Abs.1 StGB und wortgleich in Art. 103 Abs.2 Grundgesetz und hat Verfassungsrang; Strafvorschriften und Strafurteile, die dagegen verstoßen, sind verfassungswidrig.“

1. Sind Sie bereit, diese nunmehr seit 40 Jahren bestehende skandalöse Lücke im Strafgesetzbuch durch eine Bundesratsinitiative zu schließen?

## **Antworten:**

### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

*(1. Sind Sie bereit, diese nunmehr seit 40 Jahren bestehende skandalöse Lücke im Strafgesetzbuch durch eine Bundesratsinitiative zu schließen?)*

Ja.

---

### **PIRATENPARTEI**

Hier müsste man mal ganz genau ins Detail gehen, welche sexuellen Handlungen durchgeführt werden und was wird dem Tier dabei zugefügt usw.. Dieses Thema ist sogar bei Beziehungen zwischen Menschen kaum zu überschauen. Ich denke, die Initiative sollte hier von Experten begleitet werden, um ein vernünftiges Konzept zu erarbeiten. Dies würde die Piratenpartei unterstützen. Wenn man daraus ein Gesetz formen kann, schadet dies nicht. Tierquälerei ist ja auch verboten und hier findet sich eine entsprechende Schnittmenge.

---

### **Die LINKE-Fraktion**

Der sexuelle Missbrauch von Tieren ist ein erschreckend aktuelles Problem. Allerdings steht es heute schon über das Tierschutzgesetz unter Strafe, jedenfalls dann, wenn dadurch erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden.

---

### **SPD**

Wie bereits in den Wahlprüfsteinen 2009 ausführlich erläutert, unterstützt die SPD Saar Überlegungen zu einer Änderung des Tierschutzgesetzes, die zum Thema Sodomie unter dem Aspekt des Tierschutzes angestellt werden. Unserer Ansicht nach ist es nicht nur unlogisch, sondern auch nicht hinnehmbar, wenn die Verbreitung von Medien, die die sexuellen Handlungen von Menschen mit Tieren darstellen, verboten ist, die eigentliche Durchführung der Handlung dabei aber straffrei bleibt. Im Rahmen einer Novellierung des Tierschutzgesetzes muss diese Strafrechtslücke geschlossen werden. Mit der Gesetzesnovellierung muss die Einführung von Kontrollmöglichkeiten einhergehen. Die mit der Thematik möglicherweise befassten Stellen (Tierärzte, Polizei, Veterinärämter u.a.) müssen informiert und sensibilisiert werden, um mögliche Anzeichen zu

erkennen und rechtliche Schritte einleiten zu können. Wir sind bereit, dieses Thema in die Beratungen des Bundesrates einfließen zu lassen.

---

#### **FREIE WÄHLER**

Im Rahmen einer grundlegenden Neuorientierung des Sexualstrafrechts im Jahre 1969 hat man wohl zu liberal gehandelt. Unter ethisch-moralischen Aspekten lehnen wir solche Praktiken grundlegend ab.

Angesichts einer teilweise schon sehr progressiv geführten Diskussion um bestimmte Sexualpraktiken und sexuellen Orientierungen ist sicher eine weiterführende Diskussion sinnvoll. Ein Grundansatz im Strafrecht ist aber zumindest noch in § 184 III StGB gegeben.

---

#### **CDU**

KEINE ANTWORT

---

#### **FDP**

Auch wenn § 175b StGB gestrichen wurde, so sind Tiere gleichwohl nicht rechtlich schutzlos gestellt. Vielmehr sieht das Tierschutzgesetz in § 17 eine Strafvorschrift für das Misshandeln von Tieren vor. Vor diesem Hintergrund sieht die FDP Saar keinen Anlass für eine Bundesratsinitiative.

---